Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 63 (1969)

Heft: 3

Artikel: 21. März - Internationaler Tag für die Abschaffung rassischer Diskriminierung

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141578

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die verzweifelte Situation der Menschen kennengelernt habe, deren Land immer noch von (weissen) Minoritäten beherrscht wird, der versteht, dass sie als Christen mit der Verkündigung recht nüchtern umgehen. «Denn alle, die für die Freiheit ihres Landes kämpfen, werfen uns nicht zu Unrecht vor, dass die Kirche und ihre Organisationen eigentlich nicht viel mehr tun, als den status quo mit aufrecht zu erhalten, dass zwar ab und zu richtige Resolutionen vom Weltrat und anderen zu hören sind, die Taten dann aber auf sich warten lassen, dass eben viele unserer Hilfsprogramme auch nur dazu dienen, den status quo aufrecht zu erhalten.»

EPD, 19. Februar 1969

Der liberale «*Observer*» (9. Februar 1969) schreibt dazu:

Abgesehen davon, dass Mondhlane der hervorragendste Guerillaführer war, den Afrika seit dem algerischen Krieg hervorgebracht hatte, lag seine Leistung darin, dass er alle die verschiedenen Widerstandsgruppen in Mozambique auf eine Politik des internationalen «Non-Alignment» festlegte. Er war der einzige revolutionäre Führer, der offiziell Zugang hatte zu den Zentren der politischen Macht in Moskau wie in Peking, in Washington wie in London.

Das Südliche Afrika, das immer noch mit Zittern einer unvermeidlichen Konfrontation zwischen Weissen und Farbigen entgegensieht, braucht Führer wie Mondhlane †, Luthuli † und Nelson Mandela (im Gefängnis auf Robben Island), die mit Überzeugung für eine Überbrückung der Farbenschranke eintreten.

Die britische laue Haltung gegenüber Männern dieses Typs zeigt, wie wenig unsere Labour-Regierung verstanden hat, was sich an Konflikten in diesem Teil der Welt zusammenballt.

21. März – Internationaler Tag

für die Abschaffung rassischer Diskriminierung

In einer Resolution, die am 2. Dezember 1968 angenommen wurde, lud die Generalversammlung der Vereinten Nationen «alle Staaten und Organisationen ein, den Internationalen Tag für die Abschaffung rassischer Diskriminierung im Jahre 1969 so weit und so feierlich wie möglich zu begehen, um ihre Solidarität mit den unterdrückten Menschen in Südafrika zu demonstrieren».

Am 21. März 1960 fanden unter der nicht-weissen Bevölkerung ganz Südafrikas Protestversammlungen gegen die «Pass-Gesetze» statt. Diese einseitig gegen die Nicht-Weissen gerichteten Ausnahmegesetze schränken deren Bewegungsfreiheit in unerträglicher Weise ein. Eine Ansammlung protestierender und unbewaffneter Schwarzer in der Negersiedlung *Sharpeville* wurde von weissen Polizeikräften mit Gewehrsalven angegriffen. 69 Schwarze, unter ihnen viele Frauen und Kinder, waren die Opfer.

Die Vorfälle von *Sharpeville* führten dazu, dass sich der Sicherheitsrat der UN zum erstenmal mit der Situation in Südafrika befasste und die Regierung Südafrikas aufforderte, «Massnahmen zu ergreifen, die den Rassenfrieden herbeizuführen geeignet sind», mit anderen Worten, «ihre Politik der Apartheid und Rassendiskriminierung aufzugeben».

Anstatt dieser Aufforderung der UN nachzuleben, verschärfte die südafrikanische Regierung ihre rassenkämpferischen Massnahmen. Als die Generalversammlung der UN 1966 beschloss, einen Tag der Abschaffung der Rassendiskriminierung zu weihen, wählte sie den 21. März, den Tag des Sharpeville-Massakers. In einem Appell forderte sie 1968 die Regierungen und Organisationen neuerdings auf:

1. Die Bemühung der Vereinten Nationen für die Aufhebung der Apartheid zu unterstützen und für die Schaffung einer Volksgemeinschaft einzutreten, in der alle Rassen die gleichen menschlichen Rechte geniessen.
2. Das Übel der Apartheid und den UN-Kampf dagegen nach Kräften bekannt zu machen.
3. Die Bevölkerung Südafrikas über die Weltmeinung in bezug auf die Apartheid zu informieren und die falsche Propaganda ihrer Regierung anzuprangern.
4. Die Befreiung der Gegner der Apartheidpolitik, die in südafrikanischen Gefängnissen schmachten, zu fordern.
5. Die Anti-Apartheid-Bewegungen, die in manchen Ländern bestehen, zu unterstützen. (In Genf besteht eine sehr aktive Anti-Apartheid-Bewegung, während in der deutschsprachigen Schweiz bisher der Widerstand gegen die Apartheid nicht so gut organisiert ist. Red.)
6. Für moralische, politische und materielle Hilfe an die Freiheitskämpfer Südafrikas besorgt zu sein.

Dieser Appell des Generalsekretärs der UN erfuhr in manchen Ländern weiteste Verbreitung durch Radio, Television und die Presse. Red.

Gefahr droht von Südafrika

An der Konferenz von Regierungschefs in der Organisation für Afrikanische Einheit in Algier erklärte *U Thant* am 13. September 1968:

«Die Situation in Südafrika gibt seit langer Zeit Grund zu internationaler Besorgnis. Nachdem die südafrikanische Regierung ihre Politik der Apartheid nicht nur beharrlich weiter durchsetzt, sondern neuerdings ihre Ideen rassischer Benachteiligung und Trennung sogar auf benachbarte Länder zu übertragen beginnt, hat die Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung zu einer Gesellschaft, die auf Gerechtigkeit und Gleichheit gegründet ist, in vielen Völkern schwere Rückschläge erlitten. Obwohl die UN sich grosse Mühe gibt, die Situation mit Hilfe ihrer Spezialorganisationen und privater Körperschaften zu meistern, ist die wachsende Enttäuschung vieler Mitgliedstaaten über die bisherige relative Wirkungslosigkeit der Verein-